

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
Landesvorsitzende  
Rede am 3. Juni 2023 in Aschersleben  
Einbringung des Leitantrages zur Kommunalwahl 2024

Es gilt das gesprochene Wort.

**Liebe Delegierte, liebe Gäste,**

vor einem Jahr stand am Schluss des Wahlverfahrens nur ich als einzige Vorsitzende fest. Die Nachwahl des Co-Vorsitzenden findet nun heute statt. Was beim letzten Parteitag passierte, habe ich sehr ernst genommen. Meine Antwort war Kommunikation. Ich habe in den ersten Monaten sehr intensiv den Kontakt zu den Kreisverbänden gesucht, zu einzelnen Mitgliedern, zum Jugendverband. Ich konnte einige Brücken bauen. Auf der Ebene der Kreisvorsitzenden liegt viel Verantwortung. Viele der Auseinandersetzung, die im Bund beginnen, entfalten sich erst richtig im Kreisverband. Die Sprecher:innen, die Vorstände, die lokalen Abgeordneten und ihre Büros müssen all dies moderieren und gestalten.

Ich habe diese Rolle für den Landesverband übernommen und weiß, was dies zurzeit alles bedeuten kann. Ich möchte mich an dieser Stelle bei all denen bedanken, die weiterhin den Laden zusammenhalten. Ich bedanke mich dafür, dass ihr andere Genoss:innen motiviert und Menschen zusammenbringt. Bei all denen, die Verantwortung für unser Bild in der Öffentlichkeit übernehmen. Ich habe aus dem Austausch mit euch viel gelernt.

Bei allen Problemen höre ich doch immer wieder übereinstimmend eine Erwartung:

Eine Erwartung an uns und unsere Partei.  
Wir alle wollen Mitglied einer starken LINKEN sein.

Die allermeisten warten nicht auf den nächsten offenen Brief oder das nächste Krisentreffen. Wir wollen nicht Krise, wir wollen Krisen bekämpfen. Wir wollen eine linke Partei, die in einer Welt mit zunehmender sozialer Härte eine wichtige politische Kraft bleibt.

Nur der Weg zu mehr Stärke fängt bei uns selbst an. Das heißt, Debatten konstruktiv zu führen. Die Annahme, dass immer nur die anderen falsch liegen sollten, das finde ich das schon ein eigenartiges Partei- und Personenverständnis. Wir sind hier, um Gesellschaft zu verändern, aber wir haben nichts an uns zu hinterfragen?

Das wäre doch verwunderlich, denn wir sind eine Partei, die sich nach 1990 nur durch Reflexion und harte Debatten erneuern und etablieren konnte.

Also, man kann den merkwürdigen Begriff der „Zeitenwende“ ja ablehnen. Aber dass wir nach Bankenkrise, nach Corona, mitten in der Klimakrise und in einem Krieg in Europa in einer Zeit voller Umbrüche sind, ist doch schwer zu bestreiten.

Im Fall des Ukrainekrieges frage ich euch: Wenn wir alle überrascht waren, dass Russland tatsächlich angreift, überrascht von der Wehrhaftigkeit der Ukraine, dann muss doch etwas in unseren Annahmen falsch gewesen sein.

Wir stellen fest: Selbstverständlich würde die Ukraine ohne den finanziellen internationalen Beistand, ohne die Waffenlieferungen, nicht bis heute der brutalen russischen Aggression standhalten können. Es ist insofern ein Ärgernis, wenn das Handeln der Bundesregierung ganz klar in einer Bündnislogik der NATO abläuft, aber die politische Kommunikation so tut, als wäre es die Ukraine ganz allein, die über Ziele, Weg und Bedingungen ihres Widerstandes entscheidet.

Und selbstverständlich ist es ein Elend, dass sich Pazifist:innen eher rechtfertigen müssen als aufgeregte Fans des Leopard-Panzers.

Andererseits bezweifle ich aber sehr entschieden, dass diejenigen, die Waffenlieferungen in die Ukraine nicht ablehnen, die Fragen haben, dass diejenigen die Partei auf einen Kriegskurs brächten. Niemand hier will Krieg. Vor einigen Wochen hat die Bundestagsfraktion der militärischen Evakuierungsmission aus dem Sudan zugestimmt. Vor knapp zwei Jahren war dies bei der Evakuierung in Afghanistan noch für die allermeisten Abgeordneten völlig ausgeschlossen.

Ich bin überzeugt, dass die Bundestagsfraktion seitdem ihren friedenspolitischen Kurs NICHT verlassen hat. Ich denke allerdings, dass Parteivorstand und Bundestagsfraktion begriffen haben, dass uns draußen niemand mehr zuhört, wenn wir Beschlusstexte ernster nehmen als aktuelle Konfliktlagen.

Der russische Angriffskrieg beschäftigt nicht nur Militärs, Minister und Diplomaten. Der Krieg beschäftigt uns alle. Er hat unser Herz und unseren Verstand erreicht. Unser Blick auf Russland, unsere Aufmerksamkeit für Osteuropa hat sich verändert. Der Krieg hat das Thema der Energieversorgung und -sicherheit mit Wucht in unseren Alltag gebracht.

In dieser Situation müssen wir doch unsere Rolle in der Öffentlichkeit stärken, indem wir aufhören, komplizierte Diskussionen zwanghaft zu vereinfachen.

Wenn wir mitreden wollen, bei der künftigen Sicherheitsarchitektur in Europa, brauchen wir Glaubwürdigkeit und Genauigkeit.

II

Liebe Delegierte!

Wir sind nicht die einzige Partei, die sich immer wieder neu hinterfragen muss. Das gesamte Parteiensystem verändert sich. Es wird immer schwieriger, demokratische Mehrheiten hinter sich zu versammeln.

Viele große Zukunftsfragen sind ungewiss: Die Digitalisierung verändert unsere Welt wahnsinnig schnell, und über die Zukunft der Arbeitswelt gibt es eher vage Vorstellungen. Welcher Energieart wird wirtschaftlich, sozial und klimaschonend funktionieren? Wie stärken wir die freiheitliche Demokratie, wenn in autoritären Systemen die Wirtschaft wächst, aber in liberalen Gesellschaften die relative Armut.

Wir sagen: Die Stärke der Demokratie beweist sich am gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Und wir sehen im alltäglichen Geschehen, ob er entsteht oder bricht: Wir sehen derzeit zunehmende Not vieler, ihre Lebenshaltungskosten ohne Verschuldung zu stemmen. Oder die Unmöglichkeit für viele ärmere Familien, ihre Kinder in Deutschland durch ein Studium zu bringen.

Wir erleben aber auch ein neues Selbstbewusstsein der Beschäftigten. Sei es bei den Streiks des öffentlichen Dienstes oder in Unternehmen, die immer noch ihren ostdeutschen Mitarbeiterinnen weniger Lohn zahlen als den westdeutschen.

Solche Streiks tun mehr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt als Olaf Scholz, Friedrich Merz und Christian Lindner zusammen.

Die SPD hat sehr lange gebraucht, um offen einzugestehen, wie schwer die Agendapolitik das Land belastet hat: 30 Prozent der Beschäftigten im Osten, und 15 Prozent im Westen arbeiten im Niedriglohnbereich. 40 Prozent der Haushalte verfügen über keinerlei nennenswertes Einkommen, 40 Prozent! Die Inflation schlägt da voll ein, immer mehr Menschen sparen sogar am täglichen Essen. Eine kaputte Waschmaschine wird da zur Lebenskrise, ein kleiner Urlaub ist undenkbar.

Über 17 Millionen Menschen in Deutschland sind mittlerweile armutsgefährdet. Wir waren es, wir DIE LINKE, die die Forderung eines gesetzlichen Mindestlohnes in die politische Debatte gebracht hat. Der heute wenigsten eine Grenze nach unten markiert. Und die SPD wirbt im Wahlkampf mit dem Wort „Respekt“ und tut nach der Wahl nichts dafür. Die SPD und die Ampel haben es nicht geschafft, Hartz IV wirklich zu überwinden.

Und gegen das Halbgare der Ampel fährt die CDU trotzdem noch Kampagne:

Im Streit ums neue Bürgergeld gab es für Friedrich Merz nur eine Richtung:

weniger Schonvermögen,  
weniger Freiheiten,  
weniger Geld.  
Hauptsache weniger, weniger für die anderen.  
Vor allem weniger für diejenigen, die schwächer sind.

Da steigen die Umfragebalken bei CDU und AfD. Denn die Neiddebatte ist Spezialität der Konservativen und der Rechten.

Diese Debatten verbessern nichts für den Normalverdiener, nichts für die Durchschnittsrentnerin. Dass sie nur noch mehr Unsicherheit und Angst vor dem Abstieg zu schüren, fällt dann gar nicht mehr auf.

Und, die anderen Parteien sind nicht besser. Zusammen mit der CDU macht die FDP Opposition zu einer Regierung, der sie doch eigentlich angehört. Zerwürfnis ist in der Ampel Normalität, planvolles Regieren die Ausnahme. Inmitten einer Zeit rasanter Veränderungen und Ungewissheiten, schafft es diese Regierung NICHT, einen Kompass zu setzen, der Zuversicht und Sicherheit vermitteln kann.

Und, in die riesengroße Lücke, die die Ampel lässt, da stößt die CDU.

Aber die hat auch keinen Kompass dabei.

Die braucht auch gar keinen.

Denn, die will nirgendwo hin.

Die verspricht den Leuten, dass alles so bleiben kann, wie es schon lange nicht mehr ist.

Nein, nein, kann alles so bleiben: die Heizung, die Sprache, das, mit den Ausländern.

Wir müssten nur auf den Markt setzen, sagt die CDU, der macht das alles von ganz allein.

Aber das mit dem Markt, dass schaffen die GRÜNEN nun auch wirklich allein. Wir erinnern uns, der allererste große Vorschlag in der Energiekrise war die Verteuerung des Gaspreises für alle, die Gasumlage.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir sagen: So geht das nicht.

Veränderung braucht Zuversicht.

Veränderung braucht Leitplanken und ein positives Ziel.

Sonst kommt niemand mit an Bord. Sonst verweigern sich die Leute, sonst bunkern sich immer mehr Leute ein, - zusammen mit der AfD und mit einem Prinzen Reuß.

Es braucht Klarheit: Die Klimawende wird teuer, und sie muss sozial abgedeckt werden. DIE LINKE sagt, nur sozial UND ökologisch zusammen, schaffen wir klimafreundliche Transformation ohne Gefahr zu laufen, die Demokratie mit abzuschaffen.

Auch jetzt, aktuell in der Ampel, reden alle vom Heizen im Eigenheim, aber niemand über Mieter und Mieterinnen. Aber die haben das gar nicht in der Hand, wie sie heizen. Das sind immerhin 60 Prozent der rund eine Million Haushalte in Sachsen-Anhalt.

Wir haben in unseren kommunalpolitischen Leitlinien auch diese Frage angesprochen: Wie helfen wir Wohnungsgenossenschaften und anderen

kommunalen Vermietern bei der Wärmewende? Wie helfen wir Mieterinnen und Mietern?

Und da muss der Bund seine Hausaufgaben machen: Die erlaubte Modernisierungsumlage, mit der Vermieter bisher die Kosten auf die Mieterinnen abwälzen, muss weg. Im Heizungsgesetz, korrekt im Gebäudeenergiegesetz, muss der Bezug auch zur Lebenswirklichkeit von Millionen Menschen hergestellt werden, die kein Wohneigentum besitzen. Wir fordern ein Förderprogramm für kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften für die Umrüstung der Heizungssysteme auf erneuerbare Energien. Wenn diese eine zwingende Planung ihrer Fernwärmenetze vorlegen müssen, was unumgänglich ist, dann braucht es auch eine gemeinschaftliche Finanzierung dieser Aufgaben. Gerade in Ostdeutschland mit einer hohen Dichte an Fernwärme hätte dies einen viel stärkeren und schnelleren Effekt für den Klimaschutz.

Wer die verschiedenen Kreise besucht, erlebt in fast allen, wie das Gesundheitssystem erodiert. In Weißenfels schloss schon vor Jahren die Entbindungsstation, in Zeitz vor gut einem Monat die Kinder- und Geburtenstation, in Havelberg das ganze Krankenhaus. Aber längere Wege können im schlimmsten Fall Leben kosten.

Wir brauchen eine neue gesellschaftliche Verabredung, dass die öffentliche Grundversorgung, die Daseinsvorsorge finanziert und gesichert werden muss.

Dafür machen wir Druck, das ist die Aufgabe der LINKEN: Wir stehen seit Langem an der Seite der „Initiative Pro Krankenhaus Havelberg“, wie auch bei allen anderen Einwohner:innen, die für den Erhalt ihrer Kliniken kämpfen.

Gesundheit darf keine Ware sein.

Für eine ausreichende flächendeckende Gesundheitsversorgung gehören Krankenhäuser in öffentliche Hand und das System der Fallpauschalen ersetzt. Stattdessen sollen durch Vorhaltepauschalen Personal und Infrastruktur – unabhängig von Fallzahlen – vorgehalten werden.

Nicht nur Krankenhäuser müssen erreichbar sein, sondern alle wichtigen Dinge des Lebens, sei es Arbeit, Einkaufen oder die Schule der Kinder.

Das 9-Euro-Ticket und auch noch das 49-Euro-Ticket ist eine halbe Revolution. Revolutionen werden aber gern zurückgeschlagen. Deshalb müssen wir verhindern, dass das von der FDP und vielen anderen wieder einkassiert wird. Die FDP wollte das nie, nicht im Bund und nicht im Land. Nein, die Tickets dürfen nicht teurer werden, sondern müssen günstiger werden. Im Idealfall, sagt DIE LINKE, können Tickets ganz verschwinden. Denn Mobilität ist ein soziales Grundrecht. Und der Ausbau des ÖPNV und der Bahn ist der einzig klimaschonende Weg zu menschenfreundlichen Städten und Gemeinden.

Eine große Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, überhaupt diejenigen zu finden, die den Bus und die Straßenbahn fahren. Die demografische Entwicklung führt zu einem größer werdenden Mangel an Arbeitskräften. Attraktive Arbeits- und vor allem auch Lebensbedingungen, aber auch eine wirkliche Willkommenskultur für ausländische Arbeitskräfte und Migrant:innen werden viel stärker in den Fokus von Kommunalpolitik rücken müssen.

Wir kennen die Kommunalpolitik auch aus der Perspektive der Macherinnen. DIE LINKE kann Kommunalpolitik - natürlich. Das haben wir mit Landräten und Oberbürgermeistern gezeigt, mit vielen starken kommunalen Fraktionen. Seit etwas mehr als einem Jahr ist Silvia Ristow als Oberbürgermeisterin in Bernburg im Amt und macht in nicht gerade einfachen Zeiten einen Wahnsinnsjob.

Und gerade erst hat Christina Buchheim, die Bürgermeister-Wahl in Köthen gewonnen. Gegen den bisherigen Amtsinhaber. Auch hier noch einmal ganz herzliche Glückwünsche zu deinem überragenden Wahlsieg. Wir alle wünschen dir für deinen Amtsantritt im Juli alles Gute.

III

Liebe Silvia, liebe Christina, ihr seid Rückenwind für unseren Kommunalwahlkampf. In gut einem Jahr wird in ganz Sachsen-Anhalt gewählt. Ich freue mich darauf, dass wir mit hunderten Kandidatinnen und Kandidaten wieder in Kontakt mit Menschen treten. Ich freue mich auf einen Wahlkampf, der unsere Kräfte und Ideen mobilisiert.

Hoffentlich auch mit Hendrik – zusammen an meiner Vorsitzenden-Seite.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen: Wir werden wieder da sein, wir werden wieder Verantwortung übernehmen!

Liebe Delegierte, liebe Gäste,

Ich habe am Anfang von der Verantwortung der Kreisverbände gesprochen. Mit dieser Struktur eng verflochten ist das Hauptamt unserer Partei. Das Gelingen eines solchen Parteitages, natürlich der Wahlkampf, das Mitgliederleben, die soziale und die politische Kommunikation – an all dem sind unsere hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter maßgeblich beteiligt. Jede Veränderung innerhalb der Partei betrifft die Hauptamtlichen ganz unmittelbar. Wir werden weniger, schon allein durch unser hohes Durchschnittsalter in der Partei, und damit auch weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In den nächsten Monaten werden wir zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen, den Kreisverbänden und den Gremien über strukturelle Anpassungen beraten und beschließen. Der Betreuungsschlüssel für die Regionen passt schon eine ganz Zeit nicht mehr auf unser altes Strukturkonzept. Ehren- und Hauptamt werden sich neu verständigen. Und wir werden dies zusammen meistern.

Ein wichtiger Mittler dieser Verständigung wird uns leider bald verlassen.

Rainer,  
unser Regionalmitarbeiter im Harz,  
geht nach über dreißig Jahren Arbeit für DIE LINKE in den Ruhestand.

Sehr vieles, was die Harzregion innerhalb unseres Landesverbands besonders gut macht, hängt – selbstverständlich – nur an Rainer. Er war und er ist eine Institution im Harz, er ist ein Vernetzer, ein Multiplikator. Also das, was DIE LINKE anschlussfähig macht; das, was jede Partei braucht.

Wir werden Rainer auf diesem Parteitag feierlich verabschieden. Und ich will bereits an dieser Stelle Danke sagen, für die Leidenschaft und die Kraft, die uns Rainer gegeben hat. Vielen Dank, lieber Rainer, vielen Dank an Dich und unser Hauptamt. Damit will ich schließen:

Lieber Rainer, der Abschlussapplaus ist Dein Applaus.

-